

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/63

Verantwortliche/r:
Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:
63/124/2010

Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63) - Prüfung von Brandschutznachweisen; hier: Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion

| Beratungsfolge | Termin | Status | Vorlagenart | Abstimmung |
|-----------------------------------------------------------|------------|--------|---------------|-----------------------|
| Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb | 18.01.2011 | Ö | Beschluss | einstimmig angenommen |
| Haupt-, Finanz- und Personalausschuss | 19.01.2011 | Ö | Kenntnisnahme | zur Kenntnis genommen |

Beteiligte Dienststellen

Amt für Gebäudemanagement, Stadtkämmerei

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Aufgrund der Novellierung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) zum 01.01.2008 ist die Zahl an Sonderbauten gestiegen. Bei Sonderbauten muss der Brandschutz bauaufsichtlich geprüft oder von einem Prüfsachverständigen bescheinigt werden. Entgegen der Erwartung des Gesetzgebers werden nicht vorwiegend private Sachverständige mit der Prüfung des Brandschutzes beauftragt, sondern, da günstiger, die Bauaufsichtsbehörden. Bei entsprechendem Antrag des Bauherrn ist die Bauaufsichtsbehörde verpflichtet, den Brandschutz zu prüfen.

Die Antragszahlen bei Sonderbauten haben sich wie folgt entwickelt:

| | |
|--------------------|-----|
| 2005 | 22 |
| 2006 | 46 |
| 2007 | 52 |
| 2008 | 103 |
| 2009 | 99 |
| 2010 (bis 11/2010) | 61. |

Seit Einführung der BayBO 2008 haben sich die Fallzahlen also etwa verdoppelt. In den Fallzahlen nicht enthalten sind die Vorgänge, in denen der Brandschutz ebenfalls geprüft werden muss (Nichtsonderbauten der Gebäudeklasse 5, Mittel- und Großgaragen, isolierte Abweichungen). Hierdurch wird die Mehrbelastung noch deutlicher.

Die Prüfung des Brandschutzes ist Pflichtaufgabe und wird derzeit von den einzelnen Bezirkssachbearbeiterinnen und -sachbearbeitern wahrgenommen. Aufgrund der Anforderungen an den Brandschutz (Spezialwissen) sind Zuständigkeitsverlagerungen und Rationalisierungsmaßnahmen nicht möglich.

Aus diesem Grund wurde vom Bauaufsichtsamt ein Antrag zum Stellenplan 2011 auf Schaffung einer neuen Planstelle für die Brandschutzprüfung gestellt. Diesem Antrag konnte aufgrund des vom Stadtrat beschlossenen Nullstellenplans nicht entsprochen werden.

Es wird in gewissem Umfang möglich sein, die Brandschutzkonzepte für Kinderkrippen zeitlich vorzuziehen und beschleunigt zu prüfen. Dies wird aber zwangsläufig zu Lasten von anderen Bauanträgen gehen, bei welchen sich die Bearbeitungsdauer verlängern wird. Grenze einer solchen Verzögerung ist jedoch § 75 der Verwaltungsgerichtsordnung, wonach Untätigkeitsklage erhoben werden kann, wenn über einen Antrag ohne sachlichen Grund nicht innerhalb von 3 Monaten entschieden wurde. Fehlende personelle Ressourcen sind grundsätzlich kein Grund, der als Rechtfertigung für eine längere Bearbeitungsdauer herangezogen werden kann. Wird die vorgenannte Grenze erreicht, ist ein zeitliches Vorziehen der Prüfung der Brandschutzkonzepte für Kinderkrippen nicht mehr möglich, um etwaige Klagen zu vermeiden.

weitere Maßnahmen (Brainstorming)

- bessere Brandschutzkonzepte für städtische Projekte; Vorprüfung bei Amt 24 wenn Brandschutzplanung an Dritte vergeben ist
- (befristete) Umsetzung H. Hofmann zu Amt 63 mit Aufgabe BS-Prüfung
- Einrichtung einer „Baudienststelle“ bei Amt 24 (analog Art. 73 BayBO); nachdem dort mind. ein Architekt mit der Befähigung zum höheren bautechnischen Dienst beschäftigt ist
-

Anlagen:

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 18.01.2011

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion ist damit bearbeitet.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei geeigneten Bauvorhaben die Prüfung des Brand-schutzes durch einen Prüfsachverständigen bescheinigen zu lassen. Die hierfür erforderlichen zusätzlichen Mittel sind zum Haushalt nachzumelden bzw. bei entsprechendem Bedarf unterjährig zu beantragen (Antrag auf Mittelnachbewilligung).

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Könecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatte

Kenntnisnahme:

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Bruse
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang